

NIEDERSCHRIFT

über die 19. Beratung des Finanzausschusses am 09.03.2017

Ort: Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Sitzungsraum 2/3, 3. OG
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20:16 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Eröffnung der Sitzung des Finanzausschusses und Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick.

Es wird festgestellt, dass die Ladung zur heutigen Sitzung an alle Finanzausschussmitglieder ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte.

Die Beschlussfähigkeit kann festgestellt werden, es sind 7 Gemeindevertreter anwesend.

Für die heutige Sitzung sind entschuldigt:
Herr Schramm
Herr Dr. Buchelt

TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 9. März 2017 wird durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick, festgestellt.

TOP 3 Bestätigung des öffentlichen Teils des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Einwendungen gegen die Niederschrift liegen nicht vor.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 26. Januar 2017 wird festgestellt.

TOP 4 Überprüfung der Festlegungen aus den vorangegangenen Sitzungsprotokollen

	aus dem Protokoll Nr. 17	
F 18/17.16	Der Vorsitzende wird gebeten, eine früher bereits erarbeitete Zusammenstellung zur Thematik „Zuwendungen vom Land“ in Zusammenarbeit mit der Verwaltung zu aktualisieren und dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.	Termin: Aufgrund des Aufwandes, keine Terminsetzung Herr Warnick & Verwaltung Weiterführung
	aus dem Protokoll Nr. 17	
F 19/17.16	Die Verwaltung wird gebeten, die Vergleichszahlen vom „Deutschen-Städte-Tag“, dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.	Termin: Aufwand muss erst geprüft werden, deshalb keine Terminsetzung Kämmerei Weiterführung
	aus dem Protokoll Nr. 18	
F 20/18.17	Die Verwaltung wird gebeten, die Auflistung der pflichtigen und freiwilligen Aufgaben jeweils mit Zahlen zu untersetzen.	Termin: Aufwand muss erst geprüft werden, deshalb keine Terminsetzung Büro BBM / Kämmerei Weiterführung
	aus dem Protokoll Nr. 18	
F 21/18.17	Die Verwaltung wird gebeten, eine Terminplanung vorzulegen, wann mit der: - Prioliste und Eckwerte - Jahresabschluss 2016 - Haushalt 2018 - Quartalsabschluss - Gesamtabschluss zu rechnen ist.	Termin: 09.03.2017 Frau Braune erledigt mit Tischvorlage am 09.03.2017

Frau Dr. Bastians-Osthaus informiert zur offenen Festlegung F 19/17.16, dass es keine Kennzahlenvergleiche über Landesgrenzen hinweg gibt, weil diese nicht vergleichbar sind. Grund dafür sind u.a. unterschiedliche Aufgaben, unterschiedliche Bewertungsrichtlinien usw..

In einzelnen Bundesländern gibt es landesinterne Kennzahlenvergleichsringe. Frau Dr. Bastians-Osthaus wird aber weiterhin an dem Sachverhalt dran bleiben und sobald ihr neue Kenntnisse vorliegen, wird Sie die Verwaltung und den Finanzausschuss darüber informieren.

Herr Harmsen fragt zur offenen Festlegung F 21/18.17 nach und möchte wissen, warum im Terminplan 2016 vorgesehen war, mit dem Gesamtabschluss 2015 zu beginnen und im Terminplan 2017 ist nun vorgesehen, erst mit dem Gesamtabschluss 2013 zu beginnen. Was ist der Grund dafür?

Dazu informiert Frau Braune, dass zusammen mit der Softwarefirma die Kontenpläne jetzt erst soweit lesbar gemacht wurden dass die Unterlagen dementsprechend vorbereitet werden können.

TOP 5

Technologie- und Verkehrsgewerbegebiet Dreilinden Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Kleinmachnow (P&E) Beauftragung Jahresabschlussprüfung 2016-2018.

DS-Nr. 045/17

Beschlussvorschlag:

Mit der Prüfung der Jahresabschlüsse für die Geschäftsjahre 2016 bis 2018 der Technologie- und Verkehrsgewerbegebiet Dreilinden Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Kleinmachnow, ist die RoeverBroennerSusatMazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft, Alt-Moabit 2, 10557 Berlin, zu beauftragen.

Frau Braune erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Herr Warnick merkt an, dass die Diskussion, den Wirtschaftsprüfer aller drei bis fünf Jahre zu wechseln, bei dieser Gesellschaft, aus seiner Sicht, wenig Sinn macht, da die Gesellschaft voraussichtlich nur noch zwei bis drei Jahren bestehen wird.

Herr Templin meint sich daran zu erinnern, dass es seinerzeit einmal einen Beschluss durch die Gemeindevertretung gab, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft alle zwei bis drei Jahre zu wechseln. Dies wurde im Zusammenhang mit auftretender Probleme bei dieser Gesellschaft so beschlossen.

Herr Warnick bestätigt, dass es seinerzeit Probleme gab, die durch einen Wechsel der Steuerprüfungsgesellschaft aufgedeckt wurden.

Sollte ein solcher Beschluss gefasst worden sein, so unterliegt er nach Meinung von Herrn Warnick der Diskontinuität.

Frau Schwarzkopf gibt zu Protokoll:

Sollte die Gesellschaft länger als 2018 bestehen, so soll jetzt schon festgelegt werden, dass dann ein Wechsel der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft stattfindet.

Frau Dr. Bastians-Osthaus widerspricht Herrn Warnick zum Punkt Diskontinuität. Solange der einmal durch die Gemeindevertretung gefasste Beschluss nicht durch einen neuen Beschluss ersetzt wird, behält er seine Gültigkeit, auch über die Wahlperiode hinaus.

Herr Templin spricht sich für einen turnusmäßigen Wechsel der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft aus. Bei der Abstimmung dieser Drucksache wird er sich enthalten.

Herr Tauscher bittet bis zum Hauptausschuss um Überprüfung, ob ein solcher Beschluss durch die Gemeindevertretung gefasst wurde.

Er wird der vorliegenden Drucksache zustimmen.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 045/17 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 045/17 erfolgt mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

TOP 6

Gründung des Zweckverbandes Bauhof

DS-Nr. 018/17

Beschlussvorschlag:

1. Die drei Kommunen Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf (TKS) gründen den Zweckverband Bauhof.
2. Der gegründete Zweckverband Bauhof soll seine Tätigkeit spätestens zum 1. Januar 2019 aufnehmen.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt gemeinsam mit den Bürgermeistern der Stadt Teltow und der Gemeinde Stahnsdorf die für die Zweckverbandsgründung notwendigen Unterlagen und Vereinbarungen zu erstellen und der Gemeindevertretung möglichst im IV. Quartal 2017 zur Behandlung vorlegen.

Herr Piecha erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Herr Warnick ist der Meinung, dass mit dieser Drucksache heute praktisch nur eine Willenserklärung abgegeben werden soll.

Frau Dettke ist dankbar für die Erarbeitung der Beschlussvorlage. Sie wünscht sich jedoch, dass Stahnsdorf ein Zeitlimit gesetzt bekommt, bis wann eine Entscheidung getroffen werden muss.

Herr Piecha berichtet, dass der Finanzausschuss der Gemeinde Stahnsdorf wohl im Mai 2017 darüber beraten soll.

Herr Martens macht deutlich, dass die Umsatzsteuerproblematik zu klären ist.

Herr Tauscher schlägt vor, den Beschlussvorschlag zu ändern. Aus seiner Sicht sollte der Beschlussvorschlag lauten: „Zur Vorbereitung der Gründung eines Zweckverbandes Bauhof wird der Bürgermeister beauftragt, gemeinsam mit den Bürgermeistern der Stadt Teltow und der Gemeinde Stahnsdorf“

Herr Warnick schlägt hingegen folgenden Beschlussvorschlag vor: „Die drei Kommunen Teltow, Stahnsdorf und Kleinmachnow beabsichtigen die Gründung eines Zweckverbandes.“

Herr Piecha macht dazu aufmerksam, dass es bereits eine Absichtserklärung gibt.

Für Herrn Templin ist der so vorliegende Beschluss ein Gründungsbeschluss. Weiterhin fehlen auch die finanziellen Auswirkungen.

Herr Templin schlägt folgende Änderungen des Beschlussvorschlages vor:

„Die drei Kommunen, Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf haben vor einen Zweckverband Bauhof zu gründen. „

„Es ist beabsichtigt, dass der Zweckverband Bauhof seine Tätigkeit am 1. Januar 2019 aufnehmen sollte.“

Weiterhin erklärt Herr Templin, wenn bei zukünftig vorgelegten Beschlüssen keine finanziellen Auswirkungen genannt werden, wird er das fortan immer anmerken.

Frau Schwarzkopf spricht sich dafür aus, dass der 3. Satz des Beschlussvorschlages schärfer formuliert wird. Das Wort „möglichst“ muss konkretisiert werden. Aus ihrer Sicht muss ein konkretes Datum genannt werden, bis wann sich alle Kommunen entschieden haben müssen.

Es gibt noch viel zu tun und deshalb muss eine Entscheidung her.

Laut Herrn Piecha ist nicht klar, ob es der Gemeinde Kleinmachnow zusteht, ein konkretes Datum zu formulieren, bis wann sich alle Kommunen entschieden haben müssen. Politische Entscheidungsprozesse sind manchmal langwierig.

Auch Herr Pfistner regt dringend an, das Wort „spätestens“ im 2. Satz zu streichen.

Des Weiteren merkt er an, wenn die Umsatzsteuer ein europarechtliches Problem ist, dann wird das Finanzamt auch keine verbindliche Aussage dazu geben.

Herr Piecha teilt mit, dass gute und prägnante Ausstiegsklauseln in der Zweckverbandssatzung formuliert werden müssen, falls irgendwann steuerrechtliche Probleme auftreten.

Frau Dr. Bastians-Osthaus gibt zu Protokoll:

Vielen Dank. Das ist auch ein wichtiger Punkt, den ich auch ansprechen wollte.

- 1. Warum gründen wir diesen Zweckverband? Weil wir uns auch davon wirtschaftliche Vorteile erhoffen. Dafür war dieses Gutachten erarbeitet worden und uns vorgestellt worden. Ich war bei dieser Veranstaltung dabei, andere waren auch anwesend. Es waren noch offene Fragen und uns wurde zugesagt, diese noch offenen Fragen in der überarbeiteten Form des Gutachtens zu klären und auszusortieren. Mir ist keine Überarbeitung vorgelegt worden. Ich weiß nicht, ob irgendjemand sonst eine überarbeitete Fassung bekommen hat. Die Fragen sind immer noch offen und sind nicht nachgearbeitet worden meines Erachtens. Andernfalls bitte ich darum, dass uns das überarbeitete Gutachten im Nachgang zur Verfügung gestellt wird.*
- 2. Wenn wir sagen, wir machen das, weil wir uns davon ein wirtschaftliches Ergebnis erhoffen, dann ist die nächste Frage die mit der Umsatzbesteuerung und auch die mit der Ausstiegsklausel. Denn in der Tat bringt uns die Finanzamtsanfrage nur Klarheit, wie das Finanzamt bis zu einer eventuellen Überprüfung entscheidet. Wenn, und so ist es ja ungefähr kalkuliert, 2025 der Bundesfinanzhof das dem EuGH vorlegt und entscheidet und entschieden wird, dann ist eben die Frage ob rückabgewickelt werden muss. Ich finde, wir müssen auch prüfen, ob im Falle einer Rückabwicklung 2025 die Anfangskosten und die Wiederabwicklungskosten nicht so hoch sind, dass sie prohibitiv sind. Also ich denke mal, da muss auch das Wirtschaftlichkeitsgutachten vielleicht noch einmal darauf abgeprüft werden.
Wenn wir diese Risiken alle bewerten, dann kommen wir zwingend zum Schluss, dass wir heute nicht die Gründung des Zweckverbandes beschließen können und insofern möchte ich da Herrn Tauscher, Herrn Templin und einigen Andern auch unbedingt zustimmen. Den Text müssen wir an der Stelle abschwächen und die offenen Fragen müssen noch geklärt werden und ich bitte um Vorlage des überarbeiteten Gutachtens und der Antworten auf die offenen Fragen, möglichst bis zum Hauptausschuss, damit wir eben nicht in weitere Verzögerungen kommen, sondern dieses Thema hier weiter vorantragen können.*

- Herr Baumgraß nimmt ab 19:20 Uhr an dieser Sitzung teil.
Somit sind 8 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Templin ist der Meinung, dass Kleinmachnow die Nachbarkommunen nicht unter Druck setzen kann.

Herr Dr. Vosseler regt an, sich frühzeitig externen steuerlichen Rat zu holen.

Herr Harmsen hält einen Beschluss zum Satzungsentwurf für notwendig.

Frau Schwarzkopf fand den Vortrag von Herrn Piecha sehr gut.

Sie hält es für wichtig, heute die vorliegende Drucksache abzustimmen.

Herr Piecha macht nochmals deutlich, dass die Gemeinde Kleinmachnow Klarheit darüber braucht, ob der Zweckverband mit zwei oder mit drei Kommunen gegründet werden soll.

Auch Herr Warnick plädiert dafür, dass eine Dynamik in die Entwicklung gebracht wird, ob positiv oder negativ. Eine Entscheidung muss getroffen werden.

Herr Warnick fasst die Diskussion nochmals zusammen und formuliert den neuen Beschlussvorschlag:

1. Die drei Kommunen Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf (TKS) beabsichtigen, den Zweckverband Bauhof zu gründen.
2. Der gegründete Zweckverband Bauhof sollte seine Tätigkeit zum 1. Januar 2019 aufnehmen.

Weiterhin sind die finanziellen Auswirkungen (15.000,00 €) zu benennen.

Bis zum Hauptausschuss sind das überarbeitete Gutachten und die Beantwortung der noch offenen Fragen vorzulegen.
Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 018/17 mit Änderungsantrag zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 018/17 mit Änderungsantrag erfolgt mit 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Die Verwaltung wird bis zum Hauptausschuss die Drucksache 018/17/1 vorlegen.

TOP 7	Errichtungsbeschluss zum Vorhaben "Renaturierung des Düppelteichs und seiner umgebenden Grünanlagen"	DS-Nr. 024/17
--------------	---	----------------------

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeindevertretung stimmt der Entwurfsplanung zur Renaturierung des Düppelteichs zu.
2. Die Gemeindevertretung stimmt der Entwurfsplanung zur Neugestaltung der Außenanlage Düppelteich zu.
3. Für das Vorhaben Renaturierung des Düppelteichs und seiner umgebenden Grünanlagen waren für die Haushaltsjahre 2015/16 580.000,00 EUR bereitgestellt. Es werden zusätzliche Mittel in Höhe von 139.000,00 EUR benötigt. Diese sind im Haushalt 2018 bereit zu stellen.

Frau Braune informiert zur vorliegenden Beschlussvorlage, dass sich auf der Seite 4 von 4 ein Fehlerteufel bei den Jahresscheiben eingeschlichen hat. Statt 2018 steht dort 2017. Sie bittet dies zu entschuldigen.

Die Beschlussvorlage DS-Nr. 024/17 wurde im entsprechenden Fachausschuss wie folgt abgestimmt:

Umweltausschuss 9 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Herr Tauscher berichtet aus dem Umweltausschuss: da die im Jahr 2016 eingestellten Mittel in Höhe von 435.000,00 € nicht verbraucht wurden, werden diese in 2017 übernommen.

Frau Braune ergänzt und teilt mit, dass es auch eine Verschiebung der Bauzeiten gab.

Weiterhin informiert Herr Tauscher, dass die TERRA URBANA Umlandentwicklungsgesellschaft mbH die Entwurfsplanung nochmals überarbeiten und im Hauptausschuss dazu berichten wird.

Frau Schwarzkopf möchte wissen, worüber heute eigentlich abgestimmt werden soll. Die vorliegende Beschlussvorlage enthält noch die „alten“ Zahlen.

Herr Tauscher gibt zu Protokoll:

Die Beratung zu dieser Drucksache wird im Hauptausschuss geführt. Die Maßnahme wird seitens der Mitglieder des Finanzausschusses unterstützt.

- Herr Nieter nimmt ab 19:45 Uhr an dieser Sitzung teil.

Somit sind 9 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Templin spricht sich für diese Maßnahme und den Erhalt von Naturraum aus und wenn das auch noch günstiger wird, als geplant, umso besser.

Herr Tauscher formuliert folgende Maßgabe:

Der vorliegenden Drucksache wird nur unter der Berücksichtigung der von der Verwaltung im Umweltausschuss zugesicherten Einarbeitung der Änderungen in der Planung und Durchführung zugestimmt.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 024/17 mit Maßgabe zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 024/17 mit Maßgabe erfolgt einstimmig mit 9 Ja-Stimmen.

TOP 8 Info Stand Bürgerhaushalt

- Herr Martens verlässt um 19:50 Uhr diese Sitzung.
Somit sind 8 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Warnick spricht an dieser Stelle allen Beteiligten der Arbeitsgruppe „Bürgerhaushalt“ seinen Dank für die gute Zusammenarbeit aus. Besonders lobend nannte er die Arbeit von Frau Bellack.

Frau Dettke beklagte sich hingegen, dass die SPD-Fraktion nicht durch einen Gemeindevertreter in der Arbeitsgruppe vertreten war. Die SPD-Fraktion wurde durch Herrn Roß, sachkundiger Einwohner des Finanzausschusses, vertreten.

Auch Herr Piecha spricht seinen Dank an alle Mitglieder der Arbeitsgruppe aus.

Er informiert über den Stand zum Bürgerhaushalt und gibt seine Ausführungen zu Protokoll.

- 632 Vorschläge sind eingegangen, von
- 291 Einreicher/innen
- 148 analog/handschriftlich (Formular aus Broschüre oder ausgedrucktes PDF-Formular)
- 82 Online-Voting
- 58 Mails (formlos, PDF-Formular, Scan aus Broschüre)

Es gab bis zu 10 Vorschläge pro Einreicher; von zwei Worten bis zu vierseitigen Ausführungen.

Altersgruppen:

16 – 25	8 Personen
26 – 35	19 Personen
36 – 45	47 Personen
46 – 55	73 Personen
56 – 65	54 Personen

66 -75	49 Personen
76 – 85	24 Personen
über 85	10 Personen

Vorschläge je Kategorie:

Ordnung, Sicherheit, Sauberkeit	117
Straßen/Wege/Plätze, Grünflächen, Stadtbild	321
Kinder, Jugend, Senioren, Soziales	99
Kultur, Sport, Heimatpflege	60
Einsparmaßnahmen	21
Mehrausgaben	14

Die Verteilung der Vorschlagsliste zur Abstimmung in Form eines A 4 Heftes beginnt ab dem 13. März 2017. Abgabebeschluss der Abstimmung ist der 31. März 2017.

Am 4. April 2017 tagt die Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt. In der Sitzung der Gemeindevertretersitzung am 6. April 2017 wird darüber informiert.

Zu jedem Vorschlag der TOP-TEN Liste wird ein Beschluss eingebracht.

Herr Warnick ergänzt und berichtet, dass die Altersgruppe 16-25 relativ wenig vertreten war. Daher wurde empfohlen, die weiterführenden Schulen anzuschreiben, und durch die Lehrer auf den Bürgerhaushalt und der damit verbundenen möglichen Mitarbeit durch die Jugendlichen aufmerksam zu machen.

Herr Templin wundert sich über den zugelassenen Vorschlag, „nichts mehr für die Jugend zu bauen, denn die machen sowieso aus allem Schrott“. Aus seiner Sicht hätten die Arbeitsgruppe diesen Vorschlag nicht zulassen dürfen.

Auch Frau Dr. Bastians-Osthaus bittet ausdrücklich darum, Frau Bellack für ihre gute Arbeit den Dank auszusprechen.

Herr Harmsen fragt nach, ob nur die Vorschläge der TOP-TEN Liste mit einem Beschluss eingebracht werden. Was ist mit den anderen Vorschlägen?

Frau Dr. Bastians-Osthaus merkt an, dass die Beschlusslage so war. Nur die TOP-TEN Vorschläge werden mit einem Beschluss zur Abstimmung gestellt. Es steht jedoch jeder Fraktion frei, wenn ein besonders guter Vorschlag dabei war, der aber nicht in die TOP-TEN Liste gekommen ist, diesen ebenfalls mit einem Beschluss einzubringen.

Herr Warnick macht noch auf einen Fehler zum Thema „Bürgerhaushalt“ im Lokalreport aufmerksam. Leider wurde in diesem Artikel die Summe von 50.000,00 € statt 500.000,00 € geschrieben. Diesen Fehler findet er sehr misslich.

TOP 9 Anfragen an die Verwaltung

Frau Dettke informiert, dass die Drucksache DS-Nr.: 020/17 (Jahresabschluss 2015 der Gemeinde Kleinmachnow) mit dem Abstimmungsergebnis des Rechnungsprüfungsausschusses neu an alle Gemeindevertreter versandt wurde. Sie bemängelt, dass die formulierte Maßgabe des Rechnungsprüfungsausschusses nicht mitverteilt wurde. In der Maßgabe geht es darum, dass die zwingend vorgeschriebene Dienst-anweisung gemäß § 44 KomHKV (Sicherheitsstandards) bis Ende 2017 in Kraft zu setzen ist.

Sie bittet darum, dass dies bis zur Sitzung des Hauptausschusses nachgeholt wird,

mit Angabe des Gesetzestexts.

Weiterhin möchte Frau Dettke wissen, wo die Bagatellgrenze für Vorteilsnahme bei ehrenamtlichen Mitgliedern der Gemeindevertretung liegt.

Frau Dr. Bastians-Osthaus merkt an, dass es dazu unterschiedliche Regelungen gibt. In der Gemeinde Kleinmachnow gibt es aus ihrer Sicht keine festgelegte Wertgrenze.

Herr Piecha informiert dazu, dass es zu diesem Thema für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung eine interne Regelung gibt.

Frau Dettke bittet darum dies zu prüfen und gegebenenfalls einen Beschluss dafür vorzulegen.

Herr Piecha wird dies prüfen.

Herr Tauscher schlägt vor, dieses Thema im Ältestenrat zu besprechen.

Frau Schwarzkopf bittet um Information, wo die Grenze im Kreis PM liegt und in der Kommune.

TOP 10	Sonstiges
---------------	------------------

Frau Braune informiert, dass am 24. April 2017 eine Haushaltsklausurtagung stattfinden wird. Sie beginnt um 18:00 Uhr und wird im Bürgersaal stattfinden. Zu dieser Haushaltsklausurtagung sind alle Gemeindevertreter/innen eingeladen.

Frau Schwarzkopf fragt nach, ob für die Teilnahme eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird. Dies wird bejaht.

Kleinmachnow, den 22.03.2017

Klaus-Jürgen Warnick
Vorsitzender des Finanzausschusses

Anlagen

Liste der offenen Festlegungen
Anwesenheitsliste

Anlage zum Protokoll Nr. 19

• **Offene Festlegungen aus der vorangegangenen Beratung**

	aus dem Protokoll Nr. 17	
F 18/17.16	Der Vorsitzende wird gebeten, eine früher bereits erarbeitete Zusammenstellung zur Thematik „Zuwendungen vom Land“ in Zusammenarbeit mit der Verwaltung zu aktualisieren und dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.	Termin: Aufgrund des hohen Aufwandes, keine Terminsetzung Herr Warnick & Verwaltung
	aus dem Protokoll Nr. 17	
F 19/17.16	Die Verwaltung wird gebeten, die Vergleichszahlen vom „Deutschen-Städte-Tag“, dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.	Termin: Aufwand muss erst geprüft werden, deshalb keine Terminsetzung Kämmerei
	aus dem Protokoll Nr. 18	
F 20/18.17	Die Verwaltung wird gebeten, die Auflistung der pflichtigen und freiwilligen Aufgaben jeweils mit Zahlen zu untersetzen.	Termin: Aufwand muss erst geprüft werden, deshalb keine Terminsetzung Büro BBM / Kämmerei
	aus dem Protokoll Nr. 19	
F 22/19.17	Die Verwaltung wird gebeten, bis zum Hauptausschuss zu prüfen, ob ein Beschluss durch die Gemeindevertretung gefasst wurde, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften für die Prüfung der Jahresabschlüsse aller 2 bis drei Jahre zu wechseln.	Termin: Hauptausschuss Frau Braune
	aus dem Protokoll Nr. 19	
F 23/19.17	Die Verwaltung wird gebeten, bis zum Hauptausschuss die Maßgabe aus dem Rechnungsprüfungsausschuss (die zwingend vorgeschriebene Dienst-anweisung gemäß § 44 KomHKV (Sicherheitsstandards) ist bis Ende 2017 in Kraft zu setzen.) nachzu-reichen, mit Angabe des Gesetzestextes.	Termin: Hauptausschuss Frau Braune
	aus dem Protokoll Nr. 19	
F 24/19.17	Die Verwaltung wird gebeten, bis zum Hauptausschuss das überarbeitete Gutachten und die Ant-worten auf die noch offenen Fragen, aus der In-formationveranstaltung zum Thema „Gründung des Zweckverbandes Bauhof“, vorzulegen.	Termin: Hauptausschuss Herr Piecha